

II- 2283 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. März 1973No. 1157/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. PELIKAN
und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend handels- und gewerbepolitische Maßnahmen in
der Steiermark

Dr. Kaufmann

Die steirische SPÖ schlägt in ihrem Programm auf dem Gebiet
des Gewerbes u.a. vor:

"Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zur Erleichterung
der Gründung neuer gewerblicher Unternehmungen und Einräumung
einer steuerfreien Anlaufzeit, Vereinheitlichung der Gewerbe-
kredite, Bürgschaftsübernahmen durch die öffentliche Hand".

Auf dem Gebiet des Handels wird vorgeschlagen:

"Bereinigung des Steuerrechts von der Vielfalt der bestehenden
Steuerarten, die den Wirtschaftsablauf hemmen und die Betriebe
auch administrativ stark belasten sowie verstärkter Ausbau
der sozialen Einrichtungen für alle Wirtschaftstreibenden,
um eine Benachteiligung gegenüber anderen Bevölkerungs-
gruppen zu verhindern."

Schließlich heißt es im oben zitierten Programm wörtlich:

"Eine verstärkte Investitionstätigkeit sowie die Sicher-
stellung der hiefür erforderlichen Kapitalausstattung der
steirischen Betriebe muß gesichert sein."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den
Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
folgende

Anfrage:

-2-

- 1) Werden Sie als der für die Gewerbefragen zuständige Bundesminister Maßnahmen zur Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zur Erleichterung der Gründung neuer gewerblicher Unternehmungen in der Steiermark ergreifen?
- 2) Wenn ja, um welche wird es sich dabei handeln?
- 3) Werden Sie sich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziale Verwaltung für einen verstärkten Ausbau der sozialen Einrichtungen für alle Wirtschaftstreibenden bemühen, um eine Benachteiligung gegenüber anderer Bevölkerungsgruppen zu verhindern?
- 4) Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wollen Sie hier setzen?
- 5) Werden Sie sich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen für die Einräumung einer steuerfreien Anlaufzeit, einer Vereinheitlichung der Gewerbekredite und Bürgschaftsübernahmen durch die öffentliche Hand einsetzen?
- 6) Wenn ja, welche konkreten Vorstellungen bestehen seitens Ihres Ressorts auf diesem Gebiet?